

### **Antwort des Staatsrats**

Auch wenn zahlreiche im kantonalen psychiatrischen Spital Marsens tätige Personen deutsch- und/oder zweisprachig sind, insbesondere in der Ärzteschaft, ist einzuräumen, dass im Kanton ein spezifisches Problem die deutschsprachige Bevölkerung berührt. Für diese ist der Zugang zur psychiatrischen Versorgung schwieriger, und sie tendiert dazu, sich an deutschsprachige Dienste anderer Kantone zu wenden.

Um diesem Problem abzuhelpfen, schlägt das Postulat Nicolas Bürgisser hauptsächlich die Errichtung einer stationären Psychiatrie-Abteilung, aber auch die Entwicklung eines ambulanten und teilstationären Angebots im deutschsprachigen Kantonsteil vor.

Eine der Ausrichtungen des Gesetzesentwurfs über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit (PGG), der anfangs 2005 dem Grossen Rat unterbreitet werden soll, besteht darin, die Pflege psychisch erkrankter Personen nach dem Modell der Sektorisierung zu vernetzen. Hierfür schlägt das PGG drei Sektorisierungsvarianten vor, die auf geographischen, sprachlichen, demographischen und wissenschaftlichen Kriterien beruhen, wobei das Endergebnis in einer tief greifenden Neudefinition der Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit im Kanton bestehen soll. Dieser Gesetzesentwurf entspricht somit absolut den Erwartungen von Grossrat Nicolas Bürgisser, sieht er doch eine vollständige Neuorganisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit vor, indem er darauf hinzielt, durch die Sektorisierung des Angebots der gesamten Bevölkerung den Zugang zur Pflege zu erleichtern.

Der Kanton Freiburg hatte letzthin das Glück, von einem Gutachten der Arbeitsgruppe des Regionalausschusses der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Europa zu profitieren. Diese Arbeitsgruppe evaluierte die heutige Situation auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit und den Reorganisationsentwurf. In ihrem Schlussbericht vom 26. Januar 2004 unterstreicht die WHO-Arbeitsgruppe die Wichtigkeit der Grundsätze, welche die WHO für die psychiatrische Versorgung vertritt, nämlich: Dezentralisierung der Pflege, eine geringere Grösse der psychiatrischen Spitäler, so weit wie möglich eine Verringerung und Verkürzung der Spitalaufenthalte. Nach Auffassung dieser Sachverständigen muss die psychiatrische Pflege vermehrt im Rahmen leicht zugänglicher ambulanter oder teilstationärer Behandlungen erteilt werden, und zwar nach einem partizipativen Ansatz, der die Patientinnen und Patienten sowie ihre Familie mit einbezieht. Dies bedingt, dass der Behandlungsort und das Zentrum des sozialen Lebens der Patientin oder des Patienten nahe beieinander liegen. In Anerkennung des besonderen Problems der Zweisprachigkeit in unserem Kanton hebt die WHO hervor, dass die Pflegestrukturen für die deutschsprachigen Patientinnen und Patienten unzureichend sind. Die WHO ist der Auffassung, dass es aufgrund des Mangels an zweisprachigen Gesundheitsfachleuten schwierig sei, einen zweisprachigen Sektor in der Stadt Freiburg und um sie herum zu errichten, und empfiehlt deshalb die Schaffung zweier Basissektoren: eines südlichen französischsprachigen und eines nördlichen deutschsprachigen Sektors.

Der PGG-Entwurf, der dem Grossen Rat künftig unterbreitet wird, wird die Empfehlungen der WHO berücksichtigen. Das neue Konzept dürfte schrittweise und mittelfristig mit einem Zeithorizont von 2 bis 3 Jahren ab dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes eingeführt werden.

Was die Realisierung des Leistungsangebots im deutschsprachigen Kantonsteil angeht, wie im Postulat Bürgisser vorgeschlagen, so muss sie sich natürlich in den Rahmen der Spitalplanung im Norden des Kantons einfügen. So ist die Frage der psychiatrischen Pflege im Rahmen der Arbeitsgruppe diskutiert worden, die sich mit dem künftigen Leistungsangebot des Spitals des Seebezirks in Meyriez befasst und der die Mitglieder der Delegation des Staatsrats für Gesundheit und Soziales sowie die Delegierten des See- und des Sensebezirks angehören. Die Delegationen konnten eine Lösung finden, die namentlich den Vorschlag enthält, das Spital Meyriez zu einem Kompetenzzentrum für Geriatrie im Norden des Kantons mit einer alterspsychiatrischen Abteilung zu machen. Auch ist vorgesehen, in diesem Spital eine Tagesklinik für die ambulante Psychiatrie zu eröffnen. Im Übrigen sei auf die beträchtlichen Anstrengungen hingewiesen, welche das kantonale psychiatrische Spital derzeit unternimmt, um die Zweisprachigkeit innerhalb seines Personals zu fördern.

Abschliessend beantragt Ihnen der Staatsrat, dieses Postulat für erheblich zu erklären. Er wird die darin aufgeworfenen Fragen in der Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Organisation der Pflege im Bereich der psychischen Gesundheit behandeln.

- Die Diskussion und die Abstimmung über die Erheblicherklärung dieses Postulats finden später statt.

Freiburg, den 29. Juni 2004